



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

**Statement anlässlich der
Jahrespressekonferenz der IG Metall**

Frankfurt, 22. Januar 2013

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen allen ein gutes neues Jahr, Gesundheit und persönlichen Erfolg.

Vor einem Jahr habe ich Sie über die positive Trendwende bei unserer Mitgliederentwicklung informiert. Heute steht fest: Das war keine Eintagsfliege. Wir haben 2012 noch mehr Mitglieder gewonnen, unsere Finanzsituation weiter verbessert und damit unsere Handlungsfähigkeit gestärkt.

Wir haben zum 31. Dezember 2012 ein Nettoplus von 17.947 Mitgliedern. Es ist uns gelungen, dieses gute Plus in der Breite der IG Metall zu erreichen. Was mich besonders freut: Am erfolgreichsten waren wir bei jungen Menschen. Weitere Einzelheiten zur Mitgliederentwicklung und Beitragssituation der IG Metall wird Ihnen Detlef Wetzler erläutern.

Unser Ergebnis in 2012 zeigt: Wir haben unser Ziel erreicht, mehr Kraft in der Fläche zu entwickeln, vor Ort und in den Betrieben stärker zu werden. Mitgliederstärke macht uns durchsetzungsfähig. Wir werden diese Kraft auch 2013 aufbringen müssen.

Meine Damen und Herren,

die Beschäftigten in Deutschland brauchen Sicherheit, klare Zukunftsperspektiven und einen fairen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung. Selbstverständlich stehen die anstehenden Tarifrunden unter diesem Vorzeichen. Neben Holz/Kunststoff und Stahl bereiten wir aktuell die Tarifbewegung für die Metall- und Elektroindustrie vor.

Sie werden dazu heute von mir keine konkreten Zahlen hören. Der ihnen bekannte Diskussionsprozess innerhalb der IG Metall hat gerade erst begonnen. Der IG Metall-Vorstand wird den Tarifkommissionen am 4. März eine Empfehlung für unsere Tarifforderung in der Metall- und Elektroindustrie geben. Die abschließende Entscheidung des Vorstands folgt am 15. März.

Aktuell stellt sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland folgendermaßen dar: die OECD, die deutsche Bundesbank und zuletzt auch die Bundesregierung gehen für Deutschland nach dem ersten Quartal von einer Erholung aus. Die IG Metall schließt sich diesen Prognosen einer leichten Erholung im laufenden Jahr an.

Angesichts der nach wie vor labilen Lage im Euro-Raum gehen die Wirtschaftsexperten davon aus, dass der private Konsum zu einem stärkeren Wachstumstreiber in Deutschland werden muss. Diese Einschätzung reicht vom Sachverständigenrat bis zur Gemeinschaftsdiagnose, von der Bundesregierung bis zur EU-Kommission, von den Wirtschaftsverbänden bis zu den Banken.

Für die Ausweitung der privaten Konsumausgaben in 2013 sind zwei Faktoren Voraussetzung: Eine stabile Arbeitsmarktlage und ein hohes Beschäftigungsniveau auf der einen Seite sowie angemessene Entgelterhöhungen für die Beschäftigten auf der anderen Seite. Die IG Metall ist sich dessen bewusst.

Gleichzeitig darf man die Reichweite von Tarifpolitik nicht überhöhen. Die europäische Krise beispielsweise kann nur durch ein entschlossenes Eingreifen der Politik überwunden werden.

Laut Prognosen hat Deutschland 2012 rund 30 Prozent des Euro-BIPs erwirtschaftet und ist damit der Wachstumsmotor des Währungsraums. Wenn die fragile wirtschaftliche Situation in Europa stabilisiert wird, profitiert nicht nur die politisch so wichtige europäische Einheit. Auch die stabile deutsche Wirtschaft kann damit nachhaltig gestärkt werden.

Der Euro-Raum ist im Grunde genommen der Binnenmarkt der deutschen Industrie. Nur ein starker Heimatmarkt schafft die Basis für einen starken Auftritt auf den internationalen Märkten. Deshalb plädiere ich schon seit zwei Jahren für ein europäisches Investitionsprogramm.

Ein solches Programm muss vor allem auf den Ausbau der industriellen Wertschöpfung ausgerichtet sein. Alleine in Deutschland hängen über 50 Prozent der Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der industriellen Produktion ab. Verlorengegangene Produktion kann nicht zurückgeholt werden. Umso wichtiger ist es, die Investitionen in die Energiewende und den Ausbau der Elektromobilität zu tätigen.

Wir müssen jetzt in die industrielle Wertschöpfung investieren, um erstens einer möglichen Krise vorzubeugen und zweitens den ökologischen Wandel bewältigen zu können.

Meine Damen und Herren,

in diesem Jahr finden Bundestagswahlen statt. Die IG Metall wird natürlich zu politischen Fragen Stellung beziehen, die die Interessen der Beschäftigten unmittelbar berühren. Unsere wichtigste Forderung bleibt dieselbe wie schon 2012: Wir brauchen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

So erfreulich der insgesamt stabile Arbeitsmarkt und die ordentlichen Annahmen für 2013 sind, so wenig sollten wir die Schattenseiten außer Acht lassen. Der säkulare Trend hin zu prekärer Beschäftigung ist nicht gebrochen. Fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland arbeitet im Niedriglohnsektor, das ist der größte Anteil in ganz Europa. Die IG Metall wird sich diesem Trend nicht widerstandslos fügen. Wir wollen sichere und faire Arbeit in Deutschland und Europa.

Wir werden anknüpfen an das, was wir 2012 erreicht haben. Wir haben die unbefristete Übernahme in der Metall- und Elektroindustrie durchgesetzt und benachteiligten Jugendlichen Chancen eröffnet. Ebenso gibt es jetzt Regelungen zur Mitbestimmung und Begrenzung der Leiharbeit sowie Branchenzuschläge für Leiharbeiter. Diese sind auch bei den Arbeitgeberverbänden zwischenzeitlich unstrittig anerkannt.

Es mag sein, dass der Arm der IG Metall weit reicht, faire Arbeitsbedingungen sind aber nicht allein Sache der Tarifvertragsparteien. Jetzt ist die Bundesregierung gefordert. Das Loblied auf die Tarifautonomie ersetzt nicht das eigene Regierungshandeln. Wir fordern die Regierung auf, auch in den tariffreien Räumen für gute Arbeit zu sorgen.

Die IG Metall erwartet von allen Parteien verantwortungsvolles Handeln gegenüber den Beschäftigten. Dazu gehört ein flächendeckender Mindestlohn ebenso wie die Möglichkeit zur Kurzarbeit für Leiharbeiter. Der Niedriglohnsektor muss mit allen verfügbaren Mitteln eingedämmt werden. Detlef Wetzels wird Sie über unsere Initiativen zur Regulierung der Leiharbeit und zur Eindämmung von Werkverträgen informieren.

Ein weiterer politischer Schwerpunkt der IG Metall ist, den Menschen einen fairen, flexiblen Altersausstieg zu ermöglichen. Dafür sind in den deutschen Unternehmen die Voraussetzungen nicht ansatzweise gegeben.

Die Politik kann nicht weiter die Bedingungen der modernen Arbeitswelt ignorieren. Es ist nicht akzeptabel, auf der einen Seite das Renteneintrittsalter auf 67 anzuheben und auf der anderen Seite darauf zu hoffen, dass der liebe Gott den Menschen die Kraft für zwei Jahre harte Arbeit zusätzlich verleihen wird. Die IG Metall fordert faire Altersübergänge, die Möglichkeit nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei in Rente gehen zu können und ein stabiles Rentenniveau.

Meine Damen und Herren,

zu guter Arbeit gehört auch gute Bildung. Es ist an der Zeit, eine bildungspolitische Initiative für Deutschland aufzulegen. Große Teile der staatlichen Bildungsinvestitionen laufen über die Länder und Kommunen. Städten und Gemeinden sollten deshalb Sonderinvestitionsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie sind an Investitionen in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung gebunden.

Wir wollen mehr Handlungsfähigkeit für die Länder und Kommunen. Die öffentliche Hand leidet seit langem unter Ausgaben- und Leistungskürzungen und zu geringer Finanzausstattung. Nur mit einer vernünftigen Einnahmenstruktur hat Deutschland eine sichere Zukunft. Deshalb fordern wir gemeinsam mit dem DGB die Finanztransaktionssteuer, außerdem eine Vermögensabgabe und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer.

Damit habe ich wesentliche Schwerpunkte für den Bundestagswahlkampf genannt. Die IG Metall ist eine Einheitsgewerkschaft, die die Interessen der Beschäftigten vertritt. Deshalb werden wir die Frage nach der Zukunft der Arbeit zum Maßstab für alle Parteien machen. Wir werden die Beschäftigten bundesweit direkt befragen. Wir wollen diese Befragung bis Anfang April abschließen.

Mit den Anforderungen der Beschäftigten werden wir die Politik bei regionalen Veranstaltungen vor der Bundestagswahl konfrontieren. Sichere und faire Arbeit ist die Grundvoraussetzung für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Und sie ist die Grundlage für gesellschaftliche Integration. An diesem Anspruch müssen sich alle zur Wahl stehenden Parteien messen lassen.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort an Detlef Wetzel.